

Der falsche Zeuge

Von Werner Kalinka

Bei der Verurteilung der Detektive, die im Auftrag Reiner Pfeiffers 1987 den damaligen Kieler Oppositionsführer Björn Engholm bespitzelten, sah das Kieler Amtsgericht als erwiesen an, daß die Täter das Sexualleben des heutigen SPD-Chefs ausforschen wollten. Nun hatte Pfeiffer bei seiner eidesstattlichen Versicherung gegenüber dem „Spiegel“ im September 1987 erklärt, erst „Ende Januar“ habe Barschel ihn beauftragt, Engholm mit dem Ziel von Informationen über das Sexualleben beschatten zu lassen. In Wahrheit leitete Pfeiffer jedoch die Beauftragung der Detektive spätestens am 9. Januar ein; Ende Januar waren sie längst im Einsatz. Somit ist Pfeiffers eidesstattliche Versicherung falsch und Barschel entlastet. Die WELT hatte über die Widersprüche Pfeiffers zu diesen und anderen Bereichen der Barschel-Pfeiffer-Affäre bereits am 5. und 11. Februar 1992 berichtet.

Richter Bernd Riemer sagte bei der Urteilsverkündung über Pfeiffer: „Wenn wir nur ihn gehabt hätten, wäre es zu keiner Verurteilung gekommen.“ Vorbehalte zur Glaubwürdigkeit drängten sich „geradezu auf“. Pfeiffers Unglaubwürdigkeit betonte auch der Anklagevertreter im Kieler Prozeß, Oberstaatsanwalt Manfred Schulze-Ziffer: Seine Angaben reichten zur Verurteilung der Detektive nicht aus.

Der Verlauf des Kieler Prozesses und das Urteil des Gerichtes liegen auf der Linie bisheriger Ergebnisse der Justiz. Bereits im Sommer 1990 hatte die Große Strafkammer des Kieler Landgerichtes in einem anderen Verfahren die Eröffnung der Hauptverhandlung mit dem Hinweis auf die Unglaubwürdigkeit des Belastungszeugen Pfeiffer abgelehnt (WELT vom 14. April 1990). Pfeiffer hatte sich in dem einen Punkt dieses Verfahrens allein schon mehrfach widersprochen. Nun werden aber die Beschuldigungen gegen Barschel allein auf die Behauptungen des – wegen falscher Angaben ohnehin verurteilten – Pfeiffer gestützt; der vielgerühmte Abschlußbericht des Kieler Landtagsausschusses verläßt sich praktisch nur auf ihn. Die CDU freilich, die Barschel seinerzeit fallen ließ, hat die Untersuchung dieser Hintergründe des „Falles“ ihres toten Ministerpräsidenten noch nicht in Angriff genommen.